Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Checkliste Regulierungsfolgenabschätzung (RFA-Checkliste)

Die RFA-Checkliste gibt einen Überblick über die im Rahmen einer RFA zu beantwortenden Fragestellungen. Die einzelnen Prüfpunkte und Fragestellungen (I.I.-V.I.) werden im RFA-Handbuch gemeinsam mit dem Prozess ausführlich erläutert.

Die Berücksichtigung der aufgeführten Fragestellungen ist verbindlich, soweit diese im konkreten Fall relevant sind. Nach Bedarf können zusätzliche Fragestellungen berücksichtigt werden.

Weitere Informationen sowie Dokumente und Kontaktpersonen finden Sie auf www.seco.admin.ch/de/regulierungsfolgenabschaetzung. Bei Fragen kontaktieren Sie die RFA-Fachstelle des SECO.

Version 2.0 (1. April 2024, Stand am 9. Juli 2026))

Prüfpunkt I: Notwendigkeit und Möglichkeit staatlichen Handelns

Welche Probleme soll die Vorlage angehen, welche Ziele soll sie erreichen und aus welchen Gründen braucht es einen staatlichen Eingriff?

I.I. Probleme	**Welche Probleme motivieren die Vorlage?** – Art des Problems (qualitativ) – Umfang des Problems (möglich quantitativ) – Entwicklung des Problems ohne Massnahmen («Weiter-Wie-Bisher»-Szenario / Referenzszenario)
I.II. Handlungsziele	**Welche Ziele sollen mit der Vorlage erreicht werden?** – Ziele (möglichst konkret, realistisch und messbar) – Zeitraum (Zeitangabe für kurz-, mittel- und langfristige Ziele) – Zielkonflikte (innerhalb und ausserhalb des Regelungsbereichs, insb. auch zwischen Dimensionen Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt)
I.III. Staatlicher Handlungsbedarf	**Was sind die Gründe für das staatliche Handeln?** a) Marktversagen: Bei einem Marktversagen führen die Marktanreize nicht zu einem effizienten Einsatz der Ressourcen. *Marktversagen liegen vor bei öffentlichen Gütern, externen Effekten, bei mangelndem Wettbewerb (insbesondere aufgrund natürlicher Monopole) sowie bei asymmetrischer Information.* b) Regulierungsversagen: Bei einem Regulierungsversagen führen einzelne Regulierungen oder das Zusammenspiel der Regulierungen zu einem ineffizienten Einsatz der Ressourcen. *Gründe dafür können insb. mangelhafte Problem- und Zielidentifikation, unwirksamer oder zu aufwändiger Vollzug, übermässige negative Nebenwirkungen, Vereinnahmung durch Regulierungsadressaten oder hohe Transaktionskosten sein.* *c)* Andere überwiegende öffentliche Interessen: Überwiegende öffentliche Interessen liegen dann vor, wenn der Schutz des Gemeinwohls die Schmälerung von Individualinteressen überwiegt. *Beispiele sind insb. der Schutz der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Gesundheit*

Prüfpunkt II: (Alternative) Handlungsoptionen

Welche Massnahmen kommen zur Zielerreichung in Frage, welche Massnahmen sollen vorgeschlagen werden und welche (einfacheren, wirksameren, effizienteren) Alternativen gibt es?

II.I. Handlungsoptionen *– frühes Stadium im Rechtssetzungsprozess*	**Welche Handlungsoptionen kommen zur Zielerreichung in Frage?** – Beibehaltung Status Quo – Informationsinstrumente *z.B. Informationskampagnen, Empfehlungen* – Verhaltensökonomische Instrumente *u.a. «Nudges» wie z.B. Default Lösungen* – Private Initiativen und freiwillige Massnahmen *z.B. Initiativen von mehreren Pensionskassen mit dem Ziel von treibhausgasarmen Investments.*

	– Selbstregulierung und partnerschaftliche Instrumente *z.B. Vereinbarungen zwischen Unternehmen/Verbänden wie die Vereinbarung mit Kehrichtverbrennungsanlagen zur CO_2-Reduktion, freiwillige Branchenvereinbarung zum PET-Recycling* – Wirtschaftliche Anreize *u.a. (Lenkungs-)Abgaben, handelbare Zertifikate, Auktionen, Haftungsregelungen* – Verbindliche Vorgaben bzw. Handlungspflichten *u.a. Vorschriften, Mindeststandards, Melde- oder Bewilligungspflichten, Verbote*
II.II. Vorgeschlagene Massnahmen	**Welche Massnahmen sollen vorgeschlagen werden?** – Auflistung und Beschreibung der Massnahmen – Auflistung der neuen oder revidierten Bestimmungen
II.III. Alternative Regelungen *– spätes Stadium im Gesetz-gebungsprozess*	**Welche (effizienteren) Alternativen gibt es zur Zielerreichung?** a) Beibehaltung Status Quo bzw. Verzicht auf Regelungen – Bessere Nutzung bestehender Regelungen – Verzicht oder Vereinfachung bestehender Regelungen – Verbesserung des Vollzugs bestehender Regelungen – Selbstregulierung b) Alternative Regelungsinstrumente oder -inhalte – Sanftere Regelungsinstrumente *z.B. wirtschaftliche Anreize statt «Command and control», Informationen statt verbindliche Vorgaben, Meldepflicht statt Bewilligungspflicht* – Flexible und innovationsfreundliche Ausgestaltung der Regulierung *z.B. ergebnisorientierte Regulierung i.S.v. Zielerreichung statt Mittelverwendung vorschreiben, Technologieneutralität, Experimentierklauseln/Regulatory Sandboxes,* – *Befristung der Regulierung* – Inhaltliche Differenzierung der Regelung – *Vereinfachungen und differenzierte Regulierungen für KMU (vgl. Anhang 03 - Leitfaden zu den Prüfpflichten des UEG, Prüfpflicht Vereinfachungen für KMU)* – *Vermeidung eines Swiss Finish (vgl. Anhang 03 - Leitfaden zu den Prüfpflichten des UEG, Prüfpflicht Vermeidung eines Swiss Finish)*

Prüfpunkt III: Auswirkungen auf die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen

Welche Auswirkungen (Kosten, Nutzen, Verteilungswirkungen) hat die Vorlage für einzelne gesellschaftliche Gruppen?

III.I. Unternehmen	a) Betroffene Unternehmen – Anzahl der Unternehmen – Art der Unternehmen (z.B. betroffene Branchen/Sektoren, KMU/Grossunternehmen, exportorientierte Unternehmen etc.) – Art der Betroffenheit (Kosten/Nutzen, langfristig/kurzfristig) b) Regulierungskosten (vgl. Anhang 02 Leitfaden zur Schätzung der Regulierungskosten für Unternehmen): einmalige oder wiederkehrende Kosten, die bei Unternehmen aufgrund von Handlungs-, Duldungs- oder Unterlassungspflichten anfallen. Dazu gehören:

	– Direkte, einmalige Regulierungskosten: Anpassungen von Prozessen (z. B. Umstellungs- oder Investitionskosten), administrative Belastung/Aufwand[1] aufgrund von Informationspflichten, direkte Kosten aufgrund von weiteren Handlungspflichten (z. B. Gebühr für eine Bewilligung) – Direkte, wiederkehrende Regulierungskosten: Höhere Personalkosten aufgrund von Informations-, Melde- oder Berichterstattungspflichten, höhere Materialkosten aufgrund veränderter Produktanforderungen, finanzielle Kosten – Indirekte Kosten: Opportunitätskosten, z.B. entgangene Gewinne aufgrund von Produktsubstitution c) Nutzen und weitere Auswirkungen auf Unternehmen: Die weiteren Auswirkungen auf Unternehmen sind qualitativ zu analysieren und wenn möglich zu quantifizieren. d) Aufhebung von Regulierungen im selben Bereich: Werden Unternehmen durch die geplante Umsetzung einer Vorlage stärker belastet, soll gemäss UEG (Art. 4 Ziff. 1 Bst. d) geprüft werden, ob die Unternehmen durch die Aufhebung von Regulierungen im selben Regulierungsbereich entlastet werden können (vgl. Anhang 03 - Leitfaden zu den Prüfpflichten des UEG, Prüfpflicht Aufhebung von Regulierungen im selben Themenbereich).
III.II. Organisationen	– Gemeinnützige Organisationen – Kultur-, Sport- und Freizeitorganisationen
III.III. Konsumenten	– Verfügbarkeit, Vielfalt, Qualität von Produkten und Dienstleistungen – Preise von Produkten und Dienstleistungen – Zugang zu korrekten und verständlichen Informationen
III.IV. Arbeitnehmende und Selbstständige	– Arbeitsplätze – Löhne – Arbeitsbedingungen
III.V. Steuerpflichtige	– Steuerbelastung – Komplexität und Verständlichkeit des Steuersystems
III.VI. Eigentümer/ Mieter	– Miet- und Immobilienpreise – Hypothekarzinsen
III.VII. Soziale Gruppen (*z.B. Familien, Alleinerziehende, Kinder, Junge/Alte)*	– Verteilung der Einkommen und Vermögen – Beteiligung am und Integration in den Arbeitsmarkt – (Aus-)Bildung
III.VIII. Staat	– Bund (finanzielle, personelle und andere Auswirkungen, inkl. Auswirkungen auf Verschuldung, Staatsquote) – Kantone und Gemeinden (Auswirkungen analog zu Bund) – Sozialversicherungen
III.IX. Regionen	– Urbane Zentren

[1] Als administrative Belastung bezeichnet werden Kosten administrativer Abläufe, die zur Erfüllung der Regulierung notwendig sind.

	– Agglomerationen – Berggebiete – Tourismusregionen – Grenzregionen
III.X. Ausland	– Industrieländer (EU-Länder, OECD-Länder) – Entwicklungs- und Schwellenländer – Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt im Ausland

Prüfpunkt IV: Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft

Welche Auswirkungen hat die Vorlage auf die Gesamtwirtschaft?

IV.I. Wirtschafts-wachstum und konjunkturelle Entwicklung	– Bruttoinlandprodukt (real, pro Kopf): *u.a. Produktivität (Arbeit und Kapital), Langfristiges Wachstum, Stabilität der konjunkturellen Entwicklung* – Beschäftigung – Investitionen – Handel (Importe und Exporte)
IV.II. Wirtschaftliche Rahmen-bedingungen	a) <u>Wettbewerb</u> – Markteintrittsbarrieren *z.B. durch Exklusivrechte, Bewilligungen, erhöhte Markteintrittskosten* – wettbewerbshemmende Regelungen *z.B. durch Preisvorschriften, Qualitätsstandards, Werbebeschränkungen* – wettbewerbshemmendes Verhalten der Anbieter *z.B. durch Marktmacht, Absprachen, Selbstregulierung* – auf wettbewerbsfördernde Information und Wahlmöglichkeit für Kunden *z.B. durch Markttransparenz, Wahlfreiheit, Kundenmobilität* b) <u>internationale Öffnung und Handel</u> – Handelshemmnisse für ausländische Konkurrenten *z.B. durch technische Vorschriften* – Marktzugang zu internationalen Märkten c) <u>Innovation, Technologie, Forschung und Entwicklung</u> – Innovation und technologischer Fortschritt – Geistiges Eigentum d) <u>Digitalisierung</u> – Möglichkeiten und Hürden für digitale Geschäftsmodelle e) <u>Infrastruktur:</u> – z.B. Verkehr, Energie (Produktion und Versorgungssicherheit), Kommunikation, Ver- und Entsorgung f) <u>Humankapital und Fachkräfte</u> – Arbeitsmarktflexibilität – Verfügbarkeit von Fachkräften – Arbeitsanreize g) <u>Standortattraktivität/Wirtschaftsstandort</u> – Steuerliche Attraktivität für Unternehmen und Privatpersonen – Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen – Rechtssicherheit und Stabilität der Rahmenbedingungen

	– internationale Akzeptanz der Regulierung
IV.III. Gesellschaft	– Öffentliche Gesundheit – Öffentliche Sicherheit – Bildung und Kultur – Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Generationengerechtigkeit
IV.IV. Umwelt	– Klima – Biodiversität – Ressourcenverbrauch und Abfallproduktion – Wasser – Lärm – Luft – Boden
IV.V. Bilanz der Auswirkungen	**Welche Auswirkungen sind zusammenfassend zu erwarten und wie sind diese zu beurteilen?** a) Bilanz von Kosten und Nutzen – Zielerreichung / Wirksamkeit – Umsetzungsaufwand (von Behörden und Regelungsadressaten) – Fehlanreize (z.B. Mitnahmeffekte, Moral Hazard) – Andere Wirkungen ("Nebenwirkungen", andere Kosten und Nutzen) – Irreversibilität oder Reversibilität der Wirkungen – Wirtschaftlichkeit / Effizienz (Kosten-Wirksamkeit) – Gesamtkosten und -nutzen (inkl. Nebenwirkungen) b) Verteilungswirkungen (sozial, regional, zukünftige Generationen) c) Risiken, Unsicherheiten und Wissenslücken

Prüfpunkt V: Zweckmässigkeit im Vollzug

Wie kann der Vollzug möglichst einfach und wirksam ausgestaltet werden?

V.I. Einfachheit und Wirksamkeit des Vollzugs	– Verständlichkeit *u.a. möglichst einfache, klare und verständliche Regelungen* – Planung der Einführung *z.B. Information der Regelungsadressaten, ausreichend lange Anpassungszeit bzw. Übergangsfristen, koordinierte Einführung möglichst per 1. Januar, Bereitschaft der Vollzugsbehörden* – Einfache Information der Adressaten *z.B. Erläuterungen insbesondere für KMU* – Verwendung von elektronischen Mitteln (vgl. Anhang 03 - Leitfaden zu den Prüfpflichten des UEG – Prüfpflicht Vereinfachung des Vollzugs durch elektronische Mittel) *z.B. E-Government-Lösungen* (*insbesondere digitaler Behördenverkehr),One-Stop-Shop* – Einfache, einheitliche und kurze Formulare *z.B. durch Nutzung vorhandener Daten/«once-only-principle»*

- Einfache, transparente und schnelle Verfahren
  z.B. durch Ordnungsfristen, Koordination der Behörden, «silence is consent»
- Kontrollen
  z.B. *Koordination der Kontrollen, risikobasierte Kontrolle*
- Monitoring und Evaluation des Vollzugs